

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 51 (1996)
Heft: 1

Artikel: Bioland Schweiz : zum Nulltarif nicht möglich
Autor: Brunner, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891895>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

direkt oder indirekt Einfluss auf die produktionstechnische Ausrichtung der Betriebe und somit auch Konsequenzen für die Arbeit auf dem Acker und im Stall – und für die Umwelt.

Profiteure Nr. 3: Lagerhallenbesitzer

Der europäische Tabak schmeckt im übrigen den Europäern nicht so gut. Deshalb gibt es Exportsubventionen (insgesamt 273 Mio. S, 21 Mio. ECU). Bevor aber die Exportprodukte die EU verlassen, werden sie z.T. über lange Zeiträume zwischengelagert. Nutznießer sind die Besitzer von Kühl- und Lagerhäusern. Die Lagerung ist ein weiterer grosser Posten im Garantiefonds, er umfasst in 1995 weit über 26 Mrd. S, 2 Mrd. ECU. Für die Getreidelagerung werden mehr als 5,239 Mrd. S, 403 Mio. ECU, für Rindfleisch 1,248 Mrd. S, 960 Mio. ECU, veranschlagt, und auch für Zucker (5,291 Mrd. S, 407 Mio. ECU), Butter (2,340 Mrd. S, 180

Mio. ECU) und Käse (1,313 Mrd. S, 101 Mio. ECU) sind dreistellige Millionenbeträge (in ECU) aufzubringen. Kein Profit für die Bauern, wohl aber für Lagerhausbesitzer und für die Lebensmittelindustrie. Viele Grosshandelsketten beispielsweise, die auf der grünen Wiese ihre Zentren aufgebaut haben und somit zum weiteren Anwachsen des Verkehrs beitragen, haben selbst gar keine Kühllhäuser mehr, sondern bedienen sich der vom Steuerzahler gestützten EU-Kühlstätten!

Stilllegung – ist das Bauern- und Umwelthilfe?

Ein weiterer, sich in den letzten Jahren dramatisch erhöhender Posten, der im übrigen von den Agrarpolitikern immer gern als Beweis für die Reform hin zu einer umweltverträglicheren Landwirtschaft angeführt wird, ist die Stilllegung von Flächen und Menschen sowie die Ausgaben für Extensivierungen.

Insgesamt fast 104 Mrd. S, 8 Mrd. ECU, stehen im 95er Haushalt bereit, um Flächen stillzulegen, Obst zu vernichten, Wein zu Alkohol zu destillieren, die Aufgabe der Milchviehhaltung und des Weinbaus zu fördern sowie für die flankierenden Massnahmen (z.B. Vorruhestand) und für Extensivierungen. Genau genommen Mittel, damit Landwirtschaft nicht mehr betrieben wird!

Knapp 104 Mrd. S, 8 Mrd. ECU, um den Wahnwitz der geförderten Überproduktion in den Griff zu kriegen. **Dies ist keine Landwirtschaftspolitik, sondern schlechtes Krisenmanagement, das die Abschaffung der Bauern fördert. Die Massnahme dient eher der Ausdehnung der Agro-industrie denn der Stabilisierung einer bäuerlichen, umweltverträglichen Landwirtschaft.** Viele Bauern sind nämlich nicht gewillt, auf Dauer ihre Existenz über Ausgleichszahlungen absichern zu wollen. Nachdem allein von 1970 bis 1990 mit 8 Mio. Arbeitsplätzen ca. die Hälfte der

damals in der Landwirtschaft der 12 EU-Staaten noch vorhandenen Arbeitsplätze durch die Agrarpolitik wegrationalisiert wurden, bedeutet die Ausgleichspolitik lediglich eine Verlangsamung des immer noch gewünschten Strukturwandels hin zu intensiveren Agrarstrukturen.

Schon vor einigen Jahren wurde festgestellt, dass 6% der Getreidebauern 50% der Getreidefläche besitzen und 60% der Erträge erbringen, dass 15% der Milchbauern 50% der Milchmenge und 10% der Bullenmäster 50% des Fleisches produzieren.

Wenn die Entwicklung so weitergeht, wie sie von der EU auch noch direkt oder indirekt gefördert wird, erhöht sich die Konzentration noch weiter und nimmt das Bauernsterben weiter zu.

Bioland Schweiz – zum Nulltarif nicht möglich

Seit einiger Zeit macht das Schlagwort «Bioland Schweiz» Medien- und Politikkarriere. Einige Verfechter dieser Vision behaupten gar, es sei möglich, den Schweizer Konsumenten Bio-Produkte «zu EU-Preisen» anzubieten, wenn ihre (einfachen) Rezepte umgesetzt würden.

Das Schlagwort «Bioland Schweiz» schürt, so wie es eingesetzt wird, falsche Hoffnungen. Die ökologischen und sozialen Probleme der Schweizer Landwirtschaft lassen sich – so schön dies auch wäre – nicht mit einigen wenigen Federstrichen lösen. Es braucht differenzierte Regelungen, die auf die jeweiligen Probleme zugeschnitten sind.

Es ist unverantwortlich zu suggerieren, eine ökologische Landwirtschaft könne quasi zum Nulltarif angeboten werden. Denn flächendeckender Biolandbau, so sinnvoll und notwendig er ist, kann nicht die Bundeskasse entlasten, das Grundwasser und die Luft schützen, die Nutztiere artgerecht halten und gleichzeitig den Konsumenten vorgaukeln, sie könnten bald Schweizer Bio-Lebensmittel zu heutigen Preisen für konventionelle EU-Lebensmittel kaufen.

Schon die Studie über die Möglichkeiten eines flächendeckenden Biolandbaus in Zug brachte Resultate, die bis heute immer wieder bestätigt worden sind:

Der kontrollierte, gesamtbetriebliche Biolandbau ist deutlich kostenaufwendiger als konventionelles Wirtschaften.

Unsere Botschaft ist ehrlich: Eine ökologische Landwirtschaft ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wer das Gegenteil sagt, akzeptiert in Tat und Wahrheit ein grosses Bauernsterben und deutlich ansteigende Importe, ist mithin nicht an einer flächendeckenden Landwirtschaft auch in den Randgebieten interessiert.

Daniel Brunner, Präsident IG Bio Zug, anlässlich einer Pressekonferenz zum Rückzug der BuK-Initiative.

Aus einzelbetrieblicher Sicht ist dieser Aussage nichts beizufügen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht hingegen hat Herman Priebe in seinem Buch «Die subventionierte Unvernunft» schon 1985 dargelegt, dass eine umfassende Ökologisierung die Gesellschaft letztlich billiger zu stehen kommt, als die Reparatur von Schäden an der Umwelt oder die «Eliminierung» von Überschüssen einer zu intensiven Landwirtschaft. Weil sich aber die Regierungen aller Staaten um einen echten Schutz der Umwelt und die Vermeidung der Schäden drücken, d.h. die Folgen künftigen Generationen überbinden, geht die Rechnung für die Biobauern heute nicht auf.
(Red.)